

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Narjes, Pfeifer, Lenzer, Baron von Wrangel, Sick, Frau Tübler, Stutzer, Eymer (Lübeck), von Hassel, Würzbach, Klinker und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/3062 –

Standort des Polarforschungsinstituts

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 26. Juli 1979 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und dem Bundesminister für Wirtschaft wie folgt beantwortet:

1. Trifft es zu, daß sich außer dem Wissenschaftsrat und dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auch der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und der Bundesminister für Wirtschaft für Kiel als Standort des Polarforschungsinstituts ausgesprochen haben, gegebenenfalls mit welcher Begründung?

Die Meinungsbildung der Bundesressorts zur Frage des Standorts für das Polarforschungsinstitut ist noch nicht abgeschlossen. Neben wissenschaftlichen und forschungspolitischen Gesichtspunkten werden dabei auch Fragen der Raumordnung, der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Zonenrandförderung erörtert. Die Bundesregierung wird nach Abschluß der Beratungen ihre Entscheidung bekanntgeben.

2. Bedarf die Bundesregierung noch weiterer Stellungnahmen, gegebenenfalls welcher?

Die Bundesregierung hat den Bundesminister für Forschung und Technologie beauftragt, die in der Drucksache 8/2715 angeführten maßgebenden Gesichtspunkte zu prüfen.

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das wissenschaftliche und logistische Potential für das Polarforschungsinstitut in Kiel bereits steht und daß die Schleswig-Holsteinische Landesregierung zugesagt hat, daß sie mit aller Kraft eine schnelle Arbeitsaufnahme auf hohem wissenschaftlichen Niveau ermöglichen wird? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für einen raschen Erfolg der wissenschaftlichen Arbeit in Kiel die besten Voraussetzungen gegeben sind und bei einem anderen Standort die Gefahr besteht, daß der internationale Anschluß nicht erreicht wird?

Eine erste Auswertung der Angebote zur Errichtung des Polarforschungsinstitutes hat ergeben, daß die Vorschläge des Landes Schleswig-Holstein, der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg für eine engere Auswahl in Betracht kommen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die insbesondere vom Bundesminister für Forschung und Technologie eingeleiteten Maßnahmen zur Ausweitung des Beitrages der Bundesrepublik Deutschland zur Antarktisforschung rasch den Anschluß an den internationalen Standard ermöglichen. Die Errichtung eines Polarforschungsinstitutes im norddeutschen Küstenraum wird dabei vorausgesetzt.

4. Wann gedenkt die Bundesregierung ihre in der Antwort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten Gansel (SPD) (Drucksache 8/2948 Frage A 96) für demnächst angekündigte Entscheidung zu treffen?

Die Bundesregierung strebt an, ihre Entscheidung im Herbst 1979 zu treffen.